

Verkehrswacht will Autofahrer trockenlegen

Kreis-Verband sieht Null-Promille-Grenze allerdings kritisch

VON ALIA SHUHAIBER

HERSFELD-ROTENBURG. Der Bundesverband der Deutschen Verkehrswacht hat sich einstimmig für ein generelles Alkoholverbot am Steuer ausgesprochen. Bereits geringe Mengen Alkohol können eine nicht vorhersehbare Wirkung haben, eine verlässliche Voraussage, wie der Alkohol im Körper wirkt, gebe es daher nicht, lautet die Begründung des Verkehrswacht-Präsidenten Kurt Bodewig.

Rainer Nemnich, Geschäftsführer der Kreis-Verkehrswacht Hersfeld-Rotenburg, beurteilt die Entscheidung seiner Kollegen kritisch: „Mit der Null-Promille-Grenze kriminalisieren wir Teile der Gesell-

schaft.“ Der Verkehrswächter gibt zu bedenken, dass es Medikamente – beispielsweise Hustensäfte – gebe, in denen Alkohol enthalten ist. Ein generelles Alkoholverbot würde Kranke kriminalisieren, die auf ihr Auto angewiesen sind.

Laut Nemnich greifen die bisher bestehenden Mechanismen: „Wenn sie mit 0,25 Promille einen Unfall verursachen verlieren sie unter Umständen den Versicherungsschutz.“ Neben der Regressforderung durch den Versicherer würden dem Autofahrer ohnehin strafrechtliche Konsequenzen bis hin zum Führerscheinentzug drohen.

Zudem gelte seit 2007 ein absolutes Alkoholverbot bis zum vollendeten 21. Lebens-

jahr. Der Verkehrswächter befürchtet auch, dass die Zahl der Unfallfluchten durch ein generelles Alkoholverbot am Steuer steigen würde.

Die aktuelle Verkehrsstatistik beunruhigt indes. Trotz begleitenden Fahrens ab 17 Jahren, Null-Promille-Grenze für Fahrer bis 21 Jahre und Verkehrskontrollen sind die Unfälle unter Alkoholeinfluss um 17,1 Prozent gestiegen. Die Zahl folgenloser Trunkenheitsfahrten ist um sechs Prozent gesunken. Im Vergleich zu 2009 ist die Zahl der Unfallfluchten um 13,9 Prozent gestiegen. Die Polizei hat die Aufklärungsquote bei Unfallfluchten im vergangenen Jahr von 41,8 auf 46,6 Prozent gesteigert.

ZUM TAGE, HINTERGRUND

Ehrenamtlich für mehr Sicherheit

Die Deutsche Verkehrswacht gehört zu den ältesten und größten Bürgerinitiativen Deutschlands. Seit ihrer Gründung 1924 arbeitet sie für mehr Sicherheit und weniger Unfälle auf unseren Straßen – heute mit mehr als 70 000 ehrenamtlich Engagierten.

Sie informieren, beraten und trainieren mit Verkehrsteilnehmern jeden Alters sicheres Verhalten im Straßenverkehr. Die Zielgruppenprogramme der DVW erreichen rund 2,5 Millionen Menschen pro Jahr.

Die DVW finanziert ihre Aktionen und Programme mit Unterstützung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie durch Mitgliedsbeiträge und Sponsoring. (red)